



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition	3
PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten im KV Bautzen	3
Bürgerhilfe – Cybernotruf - Kein Thema für die Altparteien.....	3
Kein Autobahnausbau	4
Sind Windräder wirtschaftlich und umweltschonend?	4
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	5
Termine im Kreisverband Bautzen	7
Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB	8
KARSTEN HILSE, MdB, AfD - BAUTZEN, Kornmarkt, 09 01 2023, 101. MAHNWACHE – Bürgermikrofon.....	8
Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag	8
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.1.2023	8
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 7./8.1.2023.....	11
Kretschmer fällt Bautzner Landrat in den Rücken.....	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.1.2023	11
Pflegeheim wird unbezahlbar	11
Regierung hat Angst vor Volksentscheiden!	12
PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.1.2023	12
Alle Corona-Maßnahmen müssen unverzüglich aufgehoben werden!	12
Lebensmittel 20 Prozent teurer!.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.1.2023	14
AfD-Antrag: Öl-Embargo stoppen!.....	14
Keine Zugeständnisse an libanesischen Remmo-Clan!.....	14
PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.1.2023	15



Rechtswidrige Kürzung der AfD-Liste: Spitze des Innenministeriums hat Neutralitätspflicht ignoriert!	15
Diplomatischer Affront der Regierung Kretschmer.....	16
Altersarmut immer schlimmer!.....	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.1.2023	17
Öffentliche Anhörungen am 16. Januar	17
Neues von der Alternative für Deutschland	18
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	18
Herbstkampagne der Alternative für Deutschland – Deutschland kann mehr!.....	18
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien.....	18
Verhinderter Biowaffen-Anschlag: Islamistische Gefährder endlich abschieben!	18
Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	19
Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien.....	19
Waffenlieferungen sind nicht in deutschem Interesse!.....	19
Silvesternacht zeigt Verachtung vieler Migranten gegenüber dem deutschen Staat!	20
Nachrichten aus Deutschland und der Welt.....	21
63-Jähriger sticht in Freiburg auf zwei Frauen ein - eine stirbt.....	21
Lehrerin in Klasse erstochen - Tatverdächtiger (17) hatte Ärger in der Schule	21
Lothar Wieler legt Amt als RKI-Präsident nieder.....	21
Berliner Autofahrer durchbrechen Blockade der „Letzten Generation“	21
Lützerath: Polizei überrumpelt Besetzer und rückt schnell vor.....	21
Auch das noch	21
Herzensangelegenheit des Papstes: Vatikan bringt Münze zur Ehrung der Impfung heraus ..	21
Zu Besuch in Indonesiens queerer Koranschule	21
Großer Ansturm bei Eröffnung von Sachsens erster veganer Fleischerei.....	21
Video-Empfehlungen	22
Christine Anderson (AfD): „Die Corona-Maßnahmen waren das Problem!“	22
Informationskanäle der AfD.....	22
Kommunalmandate im KV Bautzen	23
PRESSE-ARCHIV.....	23
SPENDENKONTO.....	23
KONTAKT:.....	23



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

KEIN WEITERES ASYLHEIM IN HOYERSWERDA – Online Petition

<https://www.openpetition.de/petition/online/kein-weiteres-asyllheim-in-hoyerswerda>

Sie können Ihre Unterschrift auch persönlich in unseren Büro´s leisten. Listen liegen aus!

PRESSEMITTEILUNGEN der Landtagsabgeordneten im KV Bautzen

Bürgerhilfe – Cybernotruf - Kein Thema für die Altparteien

AfD-Fraktion fordert eine Millionen Euro für eine sächsische Cybernotfallstelle mit Cybernotruf für Sachsens Bürger. Viele Unternehmen in Sachsen fühlen sich gut gegen Cyberangriffe aufgestellt - Pustekuchen. Mehr als 30 Prozent der Unternehmen waren schon Cyberattacken ausgesetzt. Vor allem große finanzielle Einbußen und Imageprobleme stehen auf der Tagesordnung. Wie viele Bürger von Angriffen im Internet betroffen sind, wird statistisch nicht erfasst. Diese sind Cyberattacken und Phishing-Mails wehrlos ausgesetzt. Meist hilft auch kein Antivirus-Programm oder ähnliches. Die Phishing-Mails sind teilweise so grandios, dass jeder in die Falle tappen könnte.

Timo Schreyer, Landtagsabgeordneter der AfD, wollte aufgrund dieser Cybernotfälle einen Antrag einbringen. Er erklärt: „Während für Behörden und Unternehmen Hilfsangebote für den Fall von Cybernotfällen bestehen, existieren solche Angebote für Bürger bislang nicht. Der vorliegende Antrag (Drs: 7/11322) soll hier Abhilfe schaffen und eine Beratungs- und Servicestelle mit zehn Mitarbeitern anregen. Jedem ist klar, wer bei Diebstahl oder Brand zu benachrichtigen ist. Die Notrufnummern 110 und 112 sind uns allen geläufig. Fast jeder Bürger kann diese Nummern der Polizei und Feuerwehr zuordnen.

In anderen Ländern gibt es das bereits, die Cyber-Einheiten rücken aus und stehen Unternehmen und privaten Nutzern bei einem Cybernotfall zur Seite.“

Der Antrag wurde jedoch mit der Abstimmung 6:12:0 im Ausschuss Inneres und Sport abgelehnt. Die Begründungen der einzelnen Parteien waren an den Haaren herbeigezogen: Datenschutz nicht ausreichend, Cyberwehr würde mehr als zehn Mitarbeiter benötigen und Bürger stünden in der Eigenverantwortung. Punkte, über welche man reden kann und die man beheben könnte. Viele fanden den Antrag gut und dienlich, lehnten jedoch trotzdem ab - weil der Antrag halt von der AfD kam.

Ebenso wurde in den Haushaltsverhandlungen (19.12.2022 im Sächsischen Landtag) die finanzielle Ausstattung (Drs. 7/11595) für o.g. Cyberwehr mit allen Stimmen der Altparteien abgelehnt.



Timo Schreyer, MdL
9.1.2023

Kein Autobahnausbau

Wie die Sächsische Zeitung mitteilt, soll es keinen Ausbau der A4 von Dresden über Bautzen nach Görlitz geben.

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter aus Bautzen:

„Trotz steigenden Verkehrsaufkommens, insbesondere beim LKW-Verkehr, entscheidet sich die Bundesregierung gegen den Ausbau der A4 von Dresden über Bautzen nach Görlitz.“

Das ist ein fatales Zeichen mit verheerenden Folgen für die Region. Während Dresden und Breslau prosperierende Wirtschaftsregionen sind, entwickelt sich die Oberlausitz zum Armenhaus von Sachsen. Der Strukturwandel ist bislang kein Erfolg. Es entstehen weder gut bezahlte nachhaltige Arbeitsplätze, noch gibt es eine Ansiedlung von großen Wirtschaftsunternehmen. Ganz zu schweigen davon, dass wichtige Infrastrukturprojekte realisiert werden.

Mit großer Hoffnung wurde 2019 das DEGES Büro in Bautzen eröffnet. Fazit heute: Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Immer wieder wird den Bürgern die Elektrifizierung der Bahnstrecke Dresden-Bautzen-Görlitz versprochen. Nichts ist bislang passiert, weil weder die Staatsregierung noch die Bundesregierung einen ernsthaften Willen haben, sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Oberlausitz einzusetzen. Die Region wird aufgegeben!

Die Folge wird ein weiterer Bevölkerungsrückgang, besonders bei jungen Menschen sowie Arbeitsplatzabbau sein.“

Frank Peschel, MdL
10.1.2023

Sind Windräder wirtschaftlich und umweltschonend?

Die SZ schreibt in ihrem Artikel vom 09.01.2023: „In Sachsen soll sich die Fläche für Windräder verzehnfachen.“



Die im Dezember beschlossene Flexibilisierungsklausel macht eine Unterschreitung des bisher geltenden 1.000-Meter-Abstandes zu Wohnhäusern möglich. Windräder können zudem nun auch, entgegen dem Koalitionsvertrag der sächsischen Regierung, in Wäldern gebaut werden. Auf die Anfrage (Drs: 7/11369) des Abgeordneten Timo Schreyer bezüglich der Energieerzeugung durch Windräder, musste die Landesregierung zugeben, dass die Auslastung der

Windräder bei lediglich 20 Prozent liegt. Seit 2019 liegen keinerlei aktuelle Daten über die Auslastung der Windräder mehr vor. Auf welcher wissenschaftlichen Basis daher der Ausbau erfolgt, ist für MdL Timo Schreyer nicht nachvollziehbar.



Der Abgeordnete des Sächsischen Landtages Timo Schreyer erklärt: „Sachsen ist nachweislich kein Wind-Land, jedoch wird der Ausbau der Windkraftanlagen, entgegen allen früheren Beteuerungen der CDU, nun massiv vorangetrieben. Eine Abholzung des Waldes für Windkraftanlagen ist gerade im Hinblick auf eine gesunde Ökologie vor der zukünftigen Generation nicht zu rechtfertigen. Ebenso kann aus ökologischen Gründen das Einbringen von tausenden Tonnen Beton für die Fundamente der Windkraftanlagen im Waldboden als bedenklich eingeschätzt werden. Genauso ist die Entsorgung der Windkraftanlagen zum größten Teil fraglich und alles andere als recyclefähig.“ Er schätzt weiter ein: „Offensichtlich soll hier nur der Willen der grünen Koalitionspartner entsprochen werden, um die Regierungskoalition bis zur Neuwahl 2024 nicht platzen zu lassen.“

Timo Schreyer, MdL
13.1.2023

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/
www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093
t.me/afdkreisverbandbautzen
www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de
t.me/karstenhilsepolitiker
www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/
www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen
www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861
www.youtube.com/channel/UCFgfHEc7yJb75IBR_CvtopA/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de
t.me/frankpeschel
www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL
instagram.com/doreenschwietzer_afd
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz



www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadt Bautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

AfD Oberlausitz/Oberland

www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.afd-cunewalde.de/

Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de

Regionalgruppe Königsbrück

www.facebook.com/AfDKoenigsbrueck

Regionalgruppe Radeberg/Arnsdorf

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Termine im Kreisverband Bautzen

Mi	18.01.23	16.00-17.30 Uhr	Bürgerbüro Bischofswerda Bautzener Str. 4 01877 Bischofswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE AfD-Kreisverband Bautzen mit dem Kreisvorsitzenden Frank Peschel
Mi	18.01.23	18.30-20.30 Uhr	AfD-Büro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	REGIONALGRUPPENTREFFEN Hoyerswerda mit Doreen Schwietzer, MdL und dem Kreisvorsitzenden Frank Peschel
Do	26.01.23	19.00-21.00 Uhr	Bürgerbüro Bischofswerda Bautzener Str. 4 01877 Bischofswerda	REGIONALGRUPPENTREFFEN Bischofswerda mit dem Kreisvorsitzenden Frank Peschel
Di	31.01.23	19.00 Uhr	Hotel Residence Wilthener Str. 32 02625 Bautzen	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse, MdB "Wie die Altparteien unser Land zerstören ..."
Di	14.02.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Karl-Marx-Str. 15 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	15.02.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	16.02.23	14.00-17.00 Uhr	Bürgerbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Do	16.02.23	19.00 Uhr	Alleerestaurant Bautzener Allee 1B 02977 Hoyerswerda	BÜRGERDIALOG mit Karsten Hilse, MdB "Wie die Altparteien unser Land zerstören ..."
Do- Fr	23.02.- 24.02.23		Berlin	INFORMATIONSAHRT nach Berlin und den Deutschen Bundestag

Alle Termine finden Sie unter: <http://www.afdbautzen.de/veranstaltungshinweise/>



Nachrichten von und mit Karsten Hilse, MdB

KARSTEN HILSE, MdB, AfD - BAUTZEN, Kornmarkt, 09 01 2023, 101. MAHNWACHE – Bürgermikrofon

<https://www.youtube.com/watch?v=iWjs4TA9nnQ>



Neues von der AfD Sachsen und der Fraktion im Sächsischen Landtag

Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 8.1.2023

Liebe Freunde, liebe Leser,

in fast aller Welt wurden die Corona-Maßnahmen beendet, die Maske ist weitgehend gefallen – auch in Europa. Kein Querdenker-Blogger, sondern der staatlich autorisierte Chefvirologe Christian Drosten höchstpersönlich ließ uns wissen, dass nach seiner Einschätzung die Pandemie vorbei sei.

Davon unbeeindruckt fährt Gesundheitsminister Karl Lauterbach - noch immer auf der Suche nach der „absoluten Killervariante“ - weiter als Geisterfahrer auf der Corona-Autobahn.

Anderenorts haben die Politiker, die für die gesellschaftlich und wirtschaftlich verheerenden und größtenteils nutzlosen Maßnahmen verantwortlich waren, sich ihre Persilscheine bereits selbst ausgestellt. Allen voran Sachsens Ministerpräsident Kretschmer, der sich herabließ, „sehr, sehr viele Ungerechtigkeiten“ zuzugeben, und auch der damalige („Wir werden einander viel verzeihen müssen“) Gesundheitsminister Spahn.

Weshalb dieses starrsinnige Beharren von Lauterbach & Co. auf Maßnahmen, deren Grundlage längst entfallen ist? Ist es die Angst vor Autoritäts-, Macht- und Gesichtsverlust? Oder gibt es noch andere, handfestere, wirtschaftliche Gründe?

Eine diesbezügliche Frage – genauer gesagt eine parlamentarische Anfrage - an die Bundesregierung hatte auch der AfD-Bundestagsabgeordnete Thomas Seitz. Die Antwort darauf ergab, dass sich Deutschland vertraglich verpflichtet hatte, mit Stand vom 30. November 2022 283 Millionen Impfdosen von Biontec/Pfizer abzunehmen. Darüber hinaus besteht eine weitere Abnahmeverpflichtung für 92,4 Millionen Impfdosen. Über den Preis hüllt sich die Bundesregierung





in Schweigen; dieser dürfe „nicht öffentlich genannt“ werden.

Zieht man die bisher verabreichten Impfdosen aller Produzenten ab, so hat man in Deutschland immer noch 246 Millionen Dosen übrig. Um diese aufzubreuchen, müsste jeder Einwohner Deutschlands noch drei Mal an die Nadel. Beim heutigen Erkenntnisstand über die fehlende Wirksamkeit und die verschwiegenen Nebenwirkungen des Medikaments dürfte dies nicht zu schaffen sein. Denn aktuell werden täglich nur noch 7.000 Impfungen nachgefragt.

Auch andere europäische Länder klagen über die Impfstoff-Flut. Die hohen Kosten dringen mehr und mehr an die Öffentlichkeit und führen zum Unmut der Bürger und Steuerzahler. Man fordert, die Lieferverträge zu ändern oder zu stornieren.

Der Weg dazu führt nach Brüssel. Die Bestellungen für sagenhafte 4,5 Milliarden Impfdosen für 450 Millionen Einwohner gingen nämlich von der EU-Kommission aus. Deren Handeln in dieser Angelegenheit ist undurchsichtig. Das gilt ganz besonders für EU-Präsidentin Ursula von der Leyen.

So ging dem Vertragsabschluss für eine Bestellung von 1,8 Milliarden Dosen zum Preis von 35 Milliarden Euro eine Vielzahl privater SMS-Nachrichten zwischen Pfizer-Chef Albert Bourla und eben Frau von der Leyen voraus. Über den Inhalt dieser Nachrichten hüllt sie sich jedoch in Schweigen. Von Ihrem Handy hat von der Leyen die Nachrichten gelöscht.

Wenn selektiver Gedächtnisverlust zu einem Markenzeichen für Olaf Scholz wurde, so ist die Löschsucht von Handydaten das Markenzeichen für Ursula von der Leyen.

Jener Politikerin also, über die T-Online 2020 titelt: „Ein Jahr EU-Kommissionschefin – die Wiederholungstäterin“. Damals – die „Berater-Affäre nebst gelöschter Handydaten aus ihrer Zeit als Verteidigungsministerin war noch in aller Munde – engagierte Frau von der Leyen den weltgrößten Finanzinvestor Blackrock als „Berater“ für die EU-Kommission.

Jener Politikerin also, über die SPD-Abgeordnete 2019 ein Papier unter dem Titel „Warum Ursula von der Leyen eine unzulängliche Kandidatin ist“ veröffentlichten. Diese Liste war gefüllt mit Anschuldigungen: von „Plagiat“ über „Affären“ bis hin zu „Skandalen“.

Peinlich war es daher zu erleben, wie die enge Vertraute Angela Merkels, ohne Wahl (an den damals zur Wahl stehenden Spitzenkandidaten Timmermans und Weber vorbei) ins Amt des EU-Kommissionspräsidenten gehievt wurde.

Zurück in die Gegenwart:

Bereits am 16. Februar 2022 forderte eine Gruppe Europaabgeordneter wegen von der Leyens Weigerung, die Inhalte ihres SMS-Verkehrs mit Pfizerchef Bourla zu veröffentlichen, ihren sofortigen Rücktritt. Mittlerweile ermittelt auch die Europäische Staatsanwaltschaft wegen der Impfstoffbeschaffung, in der so mancher Betrachter eine Lizenz zum Gelddrucken für einzelne Pharmakonzerne sieht, auf Kosten der Steuerzahler.

Der Ermittlungsfall Pfizer/v.d. Leyen ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Mittlerweile erhärten sich auch die Verdachtsmomente, dass auch bei der Vergabe von EU-Fördergeldern an die Stiftung



„Gentherapie und Arzneimittelentwicklung mit RNA-Technologie der Universität Padua“ nicht alles mit rechten Dingen zugeht. Aufsichtsrat dieser Stiftung ist zufällig Heiko von der Leyen, der Ehemann der Kommissionspräsidentin.

Zudem wird der Brüsseler Selbstbedienungs-Morast (man genehmigte sich zu Jahresbeginn die zweite Gehaltserhöhung innerhalb von sechs Monaten; Frau von der Leyen bezieht nun ein Grundgehalt von 36.000 Euro monatlich) derzeit vom Korruptionsskandal um die stellvertretende Parlamentspräsidentin erschüttert. Die sozialistische Politikerin Eva Kaili hatte ausnahmsweise einmal nicht beide Hände in den Taschen der Steuerzahler, sondern hielt zumindest eine davon weit auf, um sich für Dienste zugunsten einer fremden Macht, hier speziell Katar, entlohnen zu lassen. In ihrem Haus fand man mehrere Koffer voller Bargeld.

Erstaunlich ist jedenfalls, dass im „Fall Kaili“ die belgische Polizei und Staatsanwaltschaft ermittelt. Denn die EU verfügt über eine eigene Korruptions-Ermittlungsbehörde. „OLAF“* heißt diese Truppe. (Ein Bezug zu einem bekannten vergesslichen deutschen Politiker besteht hier nicht.) Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von-der-Leyen schweigt auch hier. Eigene Ermittlungen der EU? Fehlanzeige. Einmal mehr wird die Öffentlichkeit schwer enttäuscht.

Womit ich bei der wichtigsten politischen Währung wäre - Vertrauen:

Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage ist dieses geradezu pulverisiert worden. Nur noch 20 Prozent der Ostdeutschen und 33 Prozent der Westdeutschen vertrauen der EU und ihren Institutionen. Das ist die Quittung für die fortwährende Zentralisierung und Entdemokratisierung der EU, die zwangsläufig auch Korruption und Vetternwirtschaft mit sich bringen.

Wir als AfD möchten die Europäische Union wieder in einen Bund souveräner europäischer Staaten zurückführen, ohne eine ständig wachsende, zentralistische und korrupte Bürokratie. Wir stehen für ein Europa der Vaterländer als Handels- und Wirtschaftsunion.

Bis zum nächsten Sonntag!

Ihr Jörg Urban

*Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung

<https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.780690638667123/5788882004514603/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>



PRESSEMITTEILUNGEN vom Wochenende 7./8.1.2023

Kretschmer fällt Bautzner Landrat in den Rücken

Aktuell kritisierte Michael Kretschmer den Bautzner CDU-Landrat Udo Witschas für dessen Umgang mit illegalen Einwanderern. Witschas „Äußerungen hätten dem Land und Bautzen geschadet“, zitiert ihn die Sächsische Zeitung. Dabei hatte der Landrat seinen Bürger vor



Weihnachten nur versprochen, neue Asylbewerber nicht in Turnhallen und Wohnungen unterzubringen, um den sozialen Frieden zu wahren.

„Nun zeigt Michael Kretschmer sein wahres Gesicht“, meint der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban. „Nicht die Aussagen Witschas schaden unserem Land, sondern Kretschmers fatale Migrationspolitik. Wenn der Ministerpräsident unsere Grenzen vor illegalen Einwanderern schützen und abgelehnte Asylbewerber endlich abschieben würde, würden unsere Asylheime nicht aus allen Nähten platzen.“



Es ist bezeichnend, wie Kretschmer seinem eigenen CDU-Landrat in den Rücken fällt, nur weil der eine vernünftige Asylpolitik anmahnt. Damit beweist Michael Kretschmer einmal mehr, dass er nicht willens ist, sich von der linksgrünen Asylpolitik Merkels zu emanzipieren.“

https://www.facebook.com/AfD.Fraktion.Sachsen/photos/a.706860669383454/5781411445261659

/

PRESSEMITTEILUNGEN vom 9.1.2023

Pflegeheim wird unbezahlbar

In einem Löbauer Pflegeheim kostet der Platz mittlerweile 2.959 Euro. Auch in anderen Teilen von Sachsen ziehen die Preise immer weiter an. Dabei sind vielerorts die steigenden Energie- und Lebensmittelkosten noch nicht einmal eingerechnet.

„Es ist unverantwortlich, die steigenden Kosten in der Pflege allein auf die Senioren und ihre Familien abzuwälzen“, kritisiert die seniorenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion, Gudrun Petzold. „Mit ihrer oftmals kargen Rente können viele Heimbewohner die saftigen Preisaufschläge nicht zahlen und werden zu Bittstellern bei ihren Kindern oder beim Sozialamt degradiert. Das frisst die Altersvorsorge ganzer Familien auf.“

Natürlich müssen Pflegekräfte endlich besser bezahlt werden. Für die Mehrkosten muss aber der Staat einspringen. Das haben wir bereits vor Jahren beantragt (6/17246). Unsere Steuereinnahmen müssen den eigenen Bürgern zugutekommen und dürfen nicht in Europa und der ganzen Welt verteilt werden.





Zudem will die AfD die Pflege durch Angehörige stärken und deshalb deren finanzielle Unterstützung durch das Landespflegegeld deutlich erhöhen (Antrag 7/5242). Am Beispiel Niederlande zeigt sich, dass sich mit einer attraktiveren häuslichen Pflege viele finanzielle und personelle Probleme lösen lassen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/pflegeheim-wird-unbezahlbar/>

Regierung hat Angst vor Volksentscheiden!

Im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2019 haben CDU, Grüne und SPD mehr direkte Demokratie versprochen. Nun berichtet die „Freie Presse“, dass eine derartige Initiative immer „noch nicht in Sicht“ sei. Die Koalitionsfraktionen bewerben das Projekt dessen ungeachtet weiter als „Herzstück“ ihrer Agenda.



Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende [Jörg Urban](#):

„Trotz anderslautender Lippenbekenntnisse hat die Regierung Angst vor einer intensiveren Einbindung der Bürger. Insgeheim weiß Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) natürlich, dass Windräder im Wald, höhere Diäten für die Abgeordneten oder die Verwendung der Gender-Sprache am Veto der Bürger scheitern dürften.“

Deshalb verschiebt die Koalition dieses Projekt ihres eigenen Koalitionsvertrags vermutlich bis zum Sankt-Nimmerleinstag. 2021 hatte unsere Fraktion einen Gesetzentwurf zur Halbierung der Hürden für Volksentscheide eingebracht.

Dieser wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Dennoch wäre es selbstverständlich möglich, die Kerninhalte dieses Entwurfs in einem neuen Anlauf umzusetzen.

Würde die Koalition im Landtag zudem eine eigene sinnvolle Verfassungsänderung zur Erleichterung der direkten Demokratie einbringen, könnte sie auf unsere Zustimmung zählen. Eine Zweidrittel-Mehrheit ist somit sehr wohl in greifbarer Nähe. Es liegt allein am Willen der Regierung.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/regierung-hat-angst-vor-volksentscheiden/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 10.1.2023

Alle Corona-Maßnahmen müssen unverzüglich aufgehoben werden!

Der Freistaat Sachsen hebt zum 16. Januar 2023 die Maskenpflicht im ÖPNV auf. Dazu erklärt der AfD-Abgeordnete [Thomas Prantl](#):

„Es müssen jetzt endlich alle verordneten Corona-Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene beendet werden. Wir haben längst gelernt, mit Corona zu leben. Folglich können wir vollumfänglich auf das Prinzip der Eigenverantwortung setzen.“



Für uns ist es nicht nachvollziehbar, warum die Maskenpflicht weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften gelten soll und auch im Fernverkehr bestehen bleibt. Das verstärkt den Eindruck, dass die rechte Hand des Staates nicht weiß, was die linke tut.

Zudem scheint sich die Regierung aus der Verantwortung stehlen zu wollen. Es ist höchste Zeit für eine Corona-Amnestie ([Drs. 7/11467](https://afd-fraktion-sachsen.de/alle-corona-massnahmen-muessen-unverzueglich-aufgehoben-werden/))! Alle Bußgeldverfahren müssen eingestellt werden und alle Strafen erlassen werden.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/alle-corona-massnahmen-muessen-unverzueglich-aufgehoben-werden/>



Lebensmittel 20 Prozent teurer!

Bundesagrarminister Cem Özdemir (Grüne) will die Mehrwertsteuer auf „gesunde Lebensmittel“ wie Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte entfallen lassen. Seine Ampelregierung ist gegen den Vorschlag. Dazu erklärt der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#):



„Die Mehrwertsteuer muss für alle Grundnahrungsmittel auf null gesetzt werden. Der Vorstoß von Özdemir reicht bei Weitem nicht aus. Angesichts der grassierenden Geldentwertung haben immer mehr Deutsche Probleme, ihren Lebensunterhalt zu meistern. Lebensmittel sind im Schnitt 20 Prozent teurer geworden!

Die Regierung hat die Bürger bereits genug ausgepresst. Bund und Länder vermehren Rekord-Steuereinnahmen durch die hohen Inflationsgewinne. Zudem hat Deutschland schon seit Jahren die höchste Abgabenlast aller Industriestaaten weltweit. Deshalb wollen wir die ausufernde Steuerlast insgesamt deutlich senken.“

Hintergrund: Am Beispiel Butter hat die AfD-Fraktion ausgerechnet, wie die Regierung sich an den Bürgern bereichert. Butter ist um 55 Prozent teurer geworden: Das macht 140 Millionen Euro Steuermehreinnahmen für den Staat (<https://afd-fraktion-sachsen.de/rechenbeispiel-butter-inflation/>).

<https://afd-fraktion-sachsen.de/lebensmittel-20-prozent-teurer/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 11.1.2023

AfD-Antrag: Öl-Embargo stoppen!

Durch das Embargo auf russisches Öl drohen in Ostdeutschland Lieferengpässe und steigende Preise für Benzin und Diesel. Die Raffinerie in Schwedt ist nur noch zu 50 Prozent ausgelastet. Daher müssen dem Öl bereits chemische Zusätze hinzugefügt werden, um die Fließgeschwindigkeit zu erhöhen.



[Mario Beger](#), AfD-Landtagsabgeordneter, erklärt dazu:

„Der freiwillige Verzicht Deutschlands auf russisches Öl ist ein großer Fehler. Die erwarteten Preissteigerungen werden [Wirtschaft](#) und Bürger in große Schwierigkeiten bringen. Bisher hat sich die Regierung Kretschmer (CDU) nicht gegen dieses unsinnige Embargo ausgesprochen. Mit einem neuen Antrag fordern wir die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für die Wiederaufnahme

russischer Ölimporte einzusetzen (7/11494).

Durch das Embargo sind bisher lediglich die Preise gestiegen und haben Russland Rekordeinnahmen beschert. Wir schaden also nicht Russland, sondern nur uns selbst. Zusätzlich wird Russland in Zukunft Durchleitungsgebühren kassieren, wenn kasachisches Öl nach Schwedt fließen sollte. Außerdem machen Indien, China und die Türkei gute Geschäfte mit russischem Öl, indem sie uns gewinnbringend daraus hergestellte Kraftstoffe verkaufen.“

Antrag: https://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=11494&dok_art=Drs&leg_per=7&pos_dok=0&dok_id=undefined
<https://afd-fraktion-sachsen.de/afd-antrag-oel-embargo-stoppen/>

Keine Zugeständnisse an libanesischen Remmo-Clan!

An den bisher 31 zurückgegebenen Einzelteilen aus dem „Grünen Gewölbe“ sei Experten zufolge ein Sachschaden von mindestens 25 Millionen Euro durch absichtliche Zerstörung und falsche Handhabung entstanden. Trotzdem können die Angeklagten mit einem lukrativen Deal rechnen.

Sollten sie am 17. Januar freiwillig ihre Schuld einräumen, könnten sie mit massiven Haftverkürzungen rechnen. Laut Tagesschau könnten die Angeklagten aufgrund der bereits verbüßten Untersuchungshaft nach dem Urteilspruch sogar „gegen Auflagen“ auf freien Fuß kommen.

Dazu erklärt [Thomas Kirste](#), kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag:





„Dem Skandal um den Diebstahl schließt sich nahtlos ein politischer Skandal an. Kurz vor Weihnachten feierte die sächsische Regierung die teilweise Rückkehr unseres Staatsschatzes.

Zu feiern gibt es jedoch sehr, sehr wenig. Kriminelle Clans gehen in Sachsen auf Raubzug, liefern im Anschluss brav einen Teil der Beute wieder ab und werden dafür mit Zugeständnissen verhätschelt. So darf das nicht laufen. An diesem Prozedere trägt die CDU-geführte Regierung durch ihre öffentlichen Äußerungen Verantwortung.

Der Steuerzahler bleibt hingegen auf Kosten in zweistelliger Millionenhöhe sitzen. Hier stellt sich die Frage, welche Anstrengungen Regierung und Justiz unternehmen, um die Finanzstrukturen ausländischer Clans auszuleuchten und zu zerschlagen. In anderen Straffällen wurden übrigens bereits 77 Immobilien des Remmo-Clans beschlagnahmt. Mein Eindruck ist jedoch: Bisher geschieht in Sachsen nichts dergleichen, um Gerechtigkeit herzustellen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/keine-zugestaendnisse-an-libanesischen-remmo-clan/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 12.1.2023

Rechtswidrige Kürzung der AfD-Liste: Spitze des Innenministeriums hat Neutralitätspflicht ignoriert!

Mit Hilfe eines Untersuchungsausschusses soll derzeit geklärt werden, inwiefern die Staatsregierung in die „qualifiziert rechtswidrige“ Kürzung der AfD-Landesliste im Jahr 2019



involviert war. Zur Wahrheitsfindung war heute Florian Oest als Zeuge geladen. Oest war 2019 persönlicher Referent des damaligen Innenministers Roland Wöller (CDU). 2021 kandidierte Oest erfolglos für den Bundestag. Aktuell ist er CDU-Kreisvorsitzender für Görlitz und arbeitet im sächsischen Regionalministerium.

Zu den Ergebnissen der Zeugenbefragung erklärt der AfD-Obmann im U-Ausschuss, [Norbert Mayer](#):

„Herr Oest will die monatelange Posse um die rechtswidrige AfD-Listenkürzung gar nicht wahrgenommen haben und redete sich heute damit heraus, sich nicht mehr erinnern zu können. Das ist nicht nur unglaublich. Ich sehe darin auch

eine Verhöhnung des um Aufklärung bemühten Parlaments.

Als Teilnehmer der täglichen Arbeitsbesprechung seines Ministers (Morgenlage) und als Empfänger von E-Mails zur Listenkürzung muss er von den Vorgängen Detailkenntnis erlangt haben. Wir haben ihm deshalb diese Schriftstücke heute vorgehalten. Trotzdem redete sich Herr Oest heraus, er wisse von nichts.

Was 2019 im Innenministerium vor sich ging, halten wir weiterhin für einen der größten politischen Skandale in der über 30-jährigen Geschichte des Freistaates Sachsen. Das Ministerium hat damals auf Steuerzahlerkosten sogar Wahlprognosen erstellen lassen, um die Aussichten der CDU analysieren zu können.



Ob das bereits den Vorwurf der Wahlmanipulation rechtfertigt, wollen wir aufklären. Zumindest – das hat der heutige Tag gezeigt – dürften Oest und andere Mitarbeiter des Innenministeriums gegen ihre Neutralitätspflicht verstoßen haben.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/rechtswidrige-kuerzung-der-afd-liste-spitze-des-innenministeriums-hat-neutralitaetspflicht-ignoriert/>

Diplomatischer Affront der Regierung Kretschmer

Polen plant den Einstieg in die Kernkraft und will mindestens zwei neue Kraftwerke bauen. Der Auftrag für das erste Kernkraftwerk ist erteilt. Es soll 250 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt an der Ostsee stehen. Laut dpa haben die Landesregierungen von Sachsen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Polen aufgefordert, das Projekt zu stoppen. Die polnische Öffentlichkeit ist darüber „empört“, berichtet die WELT.

Jörg Urban, AfD-Fraktionsvorsitzender, erklärt dazu:

„Die Regierung Kretschmer mischt sich in einer unerhörten Weise in die Energiepolitik eines anderen Landes ein. Selbst die EU hat Kernkraft als nachhaltig klassifiziert und fördert auch mit deutschem Steuergeld europaweit den Kernkraft-Ausbau.

Der Affront gegen unseren Nachbarn zeigt auch die Doppelzüngigkeit von Michael Kretschmer. Seit einigen Monaten kritisiert er regelmäßig den deutschen Atomausstieg, obwohl er selbst 2011 im Bundestag für den Ausstieg gestimmt hatte. Heute will er deutsche Kernkraftwerke länger betreiben und schwadroniert von ‚Technologieoffenheit‘.

Wieviel diese angebliche energiewirtschaftspolitische Vernunft der sächsischen CDU wert ist, erkennt man an dem aktuellen diplomatischen Fauxpas. Um ihre eigene fehlgeleitete Energiewende als leuchtendes Beispiel für ganz Europa zu propagieren, versucht die CDU sogar, anderen souveränen Ländern die eigenen grünen Phantasien aufzudrängen.

Die AfD bekennt sich klar zur Erforschung und Nutzung der Kernenergie, und sie fordert den Bau neuer moderner Kernkraftwerke in Sachsen. Als Standorte kommen für uns Boxdorf und Lippendorf in Frage. Wenn Sachsen aus der Kohle aussteigen will, geht das nur mit einer neuen grundlastfähigen Energie. Wind und Sonne können das nicht leisten und der Weg zu preiswertem Gas ist durch den, auch von der CDU angezettelten, Wirtschaftskrieg mit Russland verstellt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/diplomatischer-affront-der-regierung-kretschmer/>



Altersarmut immer schlimmer!

Bereits 14.510 sächsische Rentner benötigen Grundsicherung vom Sozialamt. Das sind 2.200 mehr als im letzten Jahr, berichtet dpa.



„Für die grassierende Altersarmut ist die Regierung verantwortlich“, kritisiert der AfD-Fraktionsvorsitzende, [Jörg Urban](#). „Sie hat durch ihren Wirtschaftskrieg gegen Russland die Lebenshaltungskosten massiv verteuert. Nun kommen viele Senioren mit ihren kleinen Renten in Not. Auch das ist eine Schuld der Altparteien: In kaum einem anderen Industrieland ist das Rentenniveau so niedrig wie in Deutschland.



Trotz der Not in breiten Schichten der Bevölkerung, lebt die Regierung Kretschmer weiter auf großem Fuße. Der gerade verabschiedete Rekordhaushalt sieht hunderte neue Pöstchen für Parteisoldaten und Gesinnungsgenossen vor. Zum Teil wurden in der Vergangenheit sogar Familienmitglieder bedacht, wie die Frau des CDU-Ministerpräsidenten. Es ist nicht hinnehmbar, dass sich die Regierung aufbläht, während

die Altersarmut immer dramatischer wird.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/altersarmut-immer-schlimmer/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.1.2023

Öffentliche Anhörungen am 16. Januar

Am Montag, den 16. Januar 2022, finden im Plenarsaal des Sächsischen Landtags zwei öffentliche Anhörungen statt, zu denen wir Sie recht herzlich einladen möchten.

Um 10 Uhr geht es um den „Medienänderungsstaatsvertrag“. Als Sachkundige sind unter anderem geladen:

- + Dieter Stein, Chefredakteur der konservativen Wochenzeitung „Junge Freiheit“
- + Karola Wille, Intendantin des MDR
- + Kai Gniffke, Vorsitzender der ARD

Um 14 Uhr folgt eine öffentliche Anhörung zum AfD-Antrag (Drs. 7/10405) mit dem Titel: „Mut zur Wahrheit! Gesundheitliche Schäden durch COVID-Impfungen vollumfänglich erfassen und Betroffene unterstützen“. Als Experten werden u.a. referieren:

- + Datenanalyst Tom Lausen
- + Michael Mörz (Pathologe)

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Anhörungen auf der Besuchertribüne oder über den Livestream des Landtags mitverfolgen möchten.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/oeffentliche-anhoerungen-am-16-januar/>





Neues von der Alternative für Deutschland

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

Herbstkampagne der Alternative für Deutschland – Deutschland kann mehr!

<https://afdbundestag.de/deutschland-kann-mehr/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Medien

Verhinderter Biowaffen-Anschlag: Islamistische Gefährder endlich abschieben!

Mit ABC-Schutzanzügen mussten SEK-Beamte am Wochenende ein Mehrfamilienhaus in Castrop-Rauxel (Nordrhein-Westfalen) stürmen. Der Verdacht: Vorbereitung eines islamistischen



Biowaffen-Anschlags mit Cyanid und Rizin. Tatverdächtig sind ein 32-jähriger Iraner und sein 25-jähriger Bruder. Wie gefährlich ein möglicher islamistischer Anschlag mit Rizin ist, zeigte sich schon vor einigen Jahren: Nachdem das Gift 2018 bei zwei Islamisten in Köln gefunden wurde, sagte ein Gutachter, dass rein rechnerisch 13.500 Tote und noch einmal so viele Verletzte möglich gewesen wären.

Es ist also von allerhöchster Dringlichkeit, dass ausländische islamistische Gefährder endlich konsequent abgeschoben werden. Doch ausgerechnet bei dieser Aufgabe, die für unsere Sicherheit von fundamentaler Bedeutung ist, bleiben die Ampel-Regierung und Innenministerin Faeser (SPD) so gut wie untätig. Rund 530 islamistische Gefährder halten sich in Deutschland auf, nur 17 davon wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2022 abgeschoben.

Im Übrigen war der terrorverdächtige Iraner aus Castrop-Rauxel bereits 2019 wegen versuchten Mordes verurteilt worden. Schon deshalb hätte dieser Mann längst nicht mehr in Deutschland sein dürfen. Im Asylverfahren gab er an, Christ zu sein. Neben der enormen Gefährdungslage bedeutet die Politik der Nicht-Abschiebung auch enorme Kosten für die Überwachung. Mitunter können



zehntausende Arbeitsstunden und Millionen von Euro für die Überwachung eines einzelnen Gefährders anfallen. Damit muss endlich Schluss sein – wir können keinen einzigen islamistischen Gefährder in Deutschland gebrauchen!

<https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/a.542889462408064/6116259701737651/>



Neues von der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD-Fraktion in den sozialen Medien

Waffenlieferungen sind nicht in deutschem Interesse!

Bundeswirtschaftsminister Habeck schloss gestern im ‚Bericht aus Berlin‘ die Lieferung von Kampfpanzern durch die Bundesregierung an die Ukraine nicht aus. Dazu erklärt der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, [Tino Chrupalla](#):



„Zuerst Schützenpanzer, jetzt sogar hochmoderne Kampfpanzer. Die Bundesregierung treibt Deutschland in einen Krieg mit Russland. Die Grünen sind dabei Kriegstreiber Nummer eins. Der Ukraine-Krieg ist aber nicht unser Krieg. Keine Beistandsverpflichtung der EU oder der NATO zwingt uns zur Parteinahme. Die Waffenlieferungen sind nicht in deutschem Interesse. Im Interesse der deutschen Bürger wäre es, die Waffenlieferungen zu stoppen und die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland wiederherzustellen.“

Interessengeleitete Außenpolitik bedeutet, mit Diplomatie zu einem raschen Verhandlungsfrieden zu finden.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1286194855297356/>



Silvesternacht zeigt Verachtung vieler Migranten gegenüber dem deutschen Staat!

Zur anhaltenden Diskussion nach der Gewalt gegen Einsatzkräfte in der Silvesternacht mit 4000 Einsätzen, 33 verletzten Einsatzkräften und über 100 festgenommenen Personen teilt der innenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, mit:



„Wer sich über die Gewalteskalation gegen Einsatzkräfte in bestimmten Gegenden Deutschlands an Silvester wundert, hat in den vergangenen Jahren keine Nachrichten verfolgt oder Kriminalstatistiken gelesen: jetzt wird – nach Corona-bedingter Silvester-Pause – nahtlos angeknüpft an die Silvesternacht auf der Kölner Domplatte oder die Silvesternacht 2019/20 in Berlin, wo bereits Feuerwehrmänner massiv angegriffen wurden. Besonders bezeichnend wieder einmal, dass über den Elefanten im Raum – die Identität der vorrangigen Tätergruppen – in sämtlichen offiziellen Verlautbarungen nicht gesprochen wird. Doch während die Politik – zur Verschleierung der Täterschaft – lieber die

Bevölkerung als ganze belasten will und ein allgemeines Böllerverbot in die Diskussion bringt, macht etwa im Brennpunkt Berlin-Neukölln ein angegriffener Polizei-Beamter seiner Empörung Luft: ‚das waren fast ausschließlich Migranten und Zuwanderer‘.

Die Silvesternacht zeigt beispielhaft die grundsätzliche Verachtung vieler Migranten gegenüber dem deutschen Staat. Wer Einsatzfahrzeuge behindert und Feuerwehrmänner attackiert, muss hart bestraft, wenn möglich abgeschoben werden. Zur Ermittlung der Täter müssen Einsatzkräfte zu ihrem eigenen Schutz Body-Cams tragen dürfen und Einsatzfahrzeuge mit Dashcams ausgestattet werden. Ein generelles Böllerverbot ist nur Symptom-Doktorei und träge vorrangig die falschen – wer das Problem an der Wurzel packen will, muss die hohe Kriminalitätsrate bestimmter migrantischer Gruppen beim Namen nennen.

Wenn Innenministerin Faeser nun ‚konsequentes Handeln‘ und ‚empfindliche Strafen‘ für ‚Chaoten‘ fordert, aber die migrantische Tätergruppe nicht beim Namen nennt, so ist das eine bloße Aneinanderreihung von Worthülsen; wenn es ihr Ernst wäre mit der inneren Sicherheit in Deutschland, so würde sie den langjährigen Forderungen der AfD-Fraktion nachkommen: als erstes die Grenzen schließen, eine Abschiebeoffensive starten und alle weiteren geplanten Einwanderungsprojekte zurückziehen. Niemand hat es mehr in der Hand als sie, dass Neukölln nicht bald überall ist.“

<https://www.facebook.com/afdimbundestag/photos/a.159958374587682/1282563598993815/>



Nachrichten aus Deutschland und der Welt

63-Jähriger sticht in Freiburg auf zwei Frauen ein - eine stirbt

https://www.focus.de/panorama/welt/freiburg-frau-bei-messerangriff-getoetet-eine-weitere-schwer-verletzt_id_182758278.html

Lehrerin in Klasse erstochen - Tatverdächtiger (17) hatte Ärger in der Schule

https://www.focus.de/panorama/welt/grausame-tat-lehrerin-in-klasse-erstochen-17-jaehrigem-drohte-wohl-der-schulverweis_id_182687306.html

Lothar Wieler legt Amt als RKI-Präsident nieder

<https://www.ksta.de/politik/corona-pandemie-lothar-wieler-legt-amt-als-rki-praesident-nieder-389676>

Berliner Autofahrer durchbrechen Blockade der „Letzten Generation“

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/autofahrern-reichts>

Lützerath: Polizei überrumpelt Besetzer und rückt schnell vor

<https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/polizei-raeumt-luetzerath/>

Auch das noch ...

Herzensangelegenheit des Papstes: Vatikan bringt Münze zur Ehrung der Impfung heraus

<https://report24.news/herzensangelegenheit-des-papstes-vatikan-bringt-muenze-zur-ehrung-der-impfung-heraus/>

Zu Besuch in Indonesiens queerer Koranschule

<https://www.n-tv.de/mediathek/videos/panorama/Zu-Besuch-in-Indonesiens-queerer-Koranschule-article23823236.html>

Großer Ansturm bei Eröffnung von Sachsens erster veganer Fleischerei

<https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/dresden-radebeul/vegane-vegetarische-fleischerei-ersatzprodukte-neueroeffnung-100.html>



Video-Empfehlungen

Christine Anderson (AfD): „Die Corona-Maßnahmen waren das Problem!“

<https://auf1.tv/nachrichten-auf1/christine-anderson-afd-die-corona-massnahmen-waren-das-problem/>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>



Kommunalmandate im KV Bautzen

Alle gewählten Mandatsträger des Kreisverbandes Bautzen finden Sie unter:

<http://www.afdbautzen.de/kommunalpolitik/>

PRESSE-ARCHIV

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blaue-post-bautzen/>

<http://www.afdbautzen.de/pressearbeit/blauer-rundbrief/>

SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Karl-Marx-Str. 15
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Freitag
10.00-18.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremlinger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen